

# KEIN KRIEG? WAS DANN?

## DIE EUROPÄISCHE UNION BRAUCHT EINE INTELLEKTUELLE AUFRÜSTUNG. ZEHN ALTERNATIVEN ZU DEN US-KRIEGSPÄNEN.

*Jan Øberg*

*„Es gibt kein Land in ganz Europa, in dem die Mehrheit Bushs Krieg gegen Irak will. Ebenso will niemand hier die Folgen eines solchen Feldzuges ausbaden, wenn er sich ausbreitet – weder politisch und wirtschaftlich, noch militärisch.“ Deshalb plädiert der Autor für eine umfassende Beteiligung Europas an der Konfliktlösung um den Irak und unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen, die von Mediation zwischen den Konfliktparteien über umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Überwindung der Sanktionsfolgen bis zu einem umfassenden Austausch von Bürgerdelegationen, um den Dialog zwischen den Völkern zu üben, reichen.*

Geboren 1951 in Dänemark, studierte Soziologie, Friedens- und Zukunftsforschung und ist heute Direktor des Institutes für Friedensforschung an der Universität in Lund, weiterhin Generalsekretär der Friedensstiftung in Dänemark, Mitglied des Dänischen Regierungskomitees für Sicherheit und Abrüstung. Gastprofessuren an der ICU und Chuo Universität in Japan, beim Wissenschaftlichen Komitee der Internationalen Universität der Volksinitiative für den Frieden (IUPIP) in Italien. Mitbegründer der Dänischen Hochschule für Frieden und des dänischen Zentrums für Konflikt Resolution. Mitglied des Führungsgremiums des Toda Instituts von Hawaii und des Tibetanischen Zentrums für Konfliktbewältigung in Dharamsala in Indien



**A**llerorten regen sich Protest und Widerstand gegen die Pläne der US-Regierung, Krieg gegen Irak zu führen. Viele fragen sich: Wie kann es dennoch sein, dass das Bush-Regime mit seiner derzeitigen aggressiven Politik einfach so durchkommt. Die Antwort ist zum großen Teil: George W. Bush kommt durch, weil andere keine Alternativen zu bieten haben. Es ist niemals genug, einfach nur »Nein zum Krieg« zu sagen. Wir müssen konstruktive Antworten auf die Frage finden: kein Krieg, was dann?

Es ist keine besonders große intellektuelle Herausforderung, mit einer besseren Idee aufzuwarten als damit, die Menschen im Irak abzuschlachten. Wenn aber der Krieg das einzige ist, was als Möglichkeit im Raum steht, dann wird er auch sehr viel wahrscheinlicher stattfinden, als wenn es noch zwei, drei andere Ideen gibt. Hat die Europäische Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Die Antwort ist Nein. Sie hat eine solche Politik weder zu Somalia gehabt, noch zu Kroatien, zu Bosnien-Herzegowina, zum Kosovo oder zu Mazedonien. Hat die EU eine Politik in bezug auf den Irak? Nein.

Was wir brauchen, das ist eine einzige Art der Aufrüstung bzw. der Wiederaufrüstung: eine intellektuelle. Die EU braucht keine Waffen – die zivile und militärische »Konfliktlösungskapazität«, die im Moment aufgebaut wird, um bis zu 70.000 Soldaten 6.000 Kilometer von Brüssel entfernt intervenieren zu lassen, ist bestenfalls lächerlich. Die EU ist weder imstande noch sollte sie es auch nur versuchen, die USA in Hinblick auf militärische Kapazitäten erreichen zu wollen.

Ich habe zehn alternative Vorschläge für die EU-Staaten. Sie sind realisierbar – entweder von einzelnen Regierungen, von Gruppen oder von allen Mitgliedern der Europäischen Union gemeinsam.

**1.** Die EU sollte einen scharfen und fest umrissenen politischen Standpunkt gegenüber dem Irak formulieren. Die EU muss Bagdad Forderungen stellen sowie Diagnosen, Prognosen und Heilungschancen formulieren. Es ist eine Schande, dass all diese Länder in einer derart angespannten Situation nichts Gemeinsames zustande bekommen. Wenn sie das nicht schaffen, dann werden sie inner-

halb dieses Systems politisch und moralisch künftig ein Zwergendasein führen.

**2.** Bringen Sie die Medien, Forscher aller Art, Nichtregierungsorganisationen, Berufsgruppen von Ärzten, Krankenschwestern, Lehrern, Journalisten, Ingenieuren, Schriftstellern, Malern und was immer Ihnen einfällt dazu, sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Irak auszutauschen. Bringen Sie Delegationen nach Bagdad, bringen Sie Leute von dort nach Europa. Sprechen Sie als Menschen miteinander. Es ist möglich, dorthin zu fahren, und es sollte möglich sein, sie hierher einzuladen. Hören wir uns gegenseitig zu – in Hunderten von diplomatischen Bürgerinitiativen in ganz Europa. Das könnte von aufgeklärten Regierungen mit Hilfe eigens eingerichteter Fonds finanziell unterstützt werden. Jedes europäische Land sollte einige hunderttausend Euro bereitstellen, um solche Dialoge zu fördern.

**3.** Ermutigen Sie Ihre Geschäftsleute, den Handel mit dem Irak und die Investitionen dort zu steigern. Und zwar noch innerhalb des Sanktionsregimes. Anfang November gab es eine große Industriemesse in Bagdad. Die europäische Beteiligung hätte noch viel größer sein können. Warum nur lassen sich Kapitalisten davon abhalten, optimale Geschäfte mit einem Markt von 23 Millionen Menschen zu machen, die buchstäblich alles brauchen? Kapitalisten außerhalb des militärisch-industriellen Komplexes sollten Friedensaktivisten werden.

**4.** Richten Sie Ihre Botschaften wieder auf dem höchsten Level ein und entwickeln Sie volle diplomatische Beziehungen in Bagdad. Ich schäme mich zunehmend für das Land, in dem ich geboren bin: Dänemark hat zur Zeit den Vorsitz in der EU und hat noch nicht einmal eine Botschaft in Bagdad. Infolgedessen hat es also auch keine Informationen aus erster Hand darüber, was und wie die Bevölkerung dort denkt. Schweden, dessen verstorbener Olof Palme Mediator im Irak-Iran-Krieg war, befindet sich in einer intellektuellen, moralischen und politischen Leichenstarre. Seit seinem Beitritt in die EU hat es keine unabhängige

Politik mehr – und keine Botschaft in Bagdad. Es hat eine in Amman, und ein niedrigrangiger Diplomat fährt von dort aus einige Tage im Monat nach Bagdad. Er kann aufgrund seines Ranges nicht mit höheren Politikern oder Botschaftern in Bagdad reden, ganz egal, wie klug er auch sein mag.

**5.** Die EU muss den Irak energisch auffordern, der Resolution des UN-Sicherheitsrates über die Entwaffnung zu entsprechen, aber sie sollte auf keinen Fall der amerikanischen Politik folgen. Die EU hat den großen Vorteil, das ohne Arroganz und Schwarz-Weiß-Denken über den Konflikt tun zu können – sie braucht niemanden zu demütigen, und sie hat nicht die verletzten Gefühle der Vereinigten Staaten nach dem 11. September. Und außerdem gibt es entschieden weniger christlichen Fundamentalismus auf dieser Seite des Atlantik. Ein Regimewechsel – sollte er denn notwendig sein – ist das Privileg der irakischen Bevölkerung, nicht das des Westens.

**6.** Es muss eine europäische Initiative dafür geben, die Sanktionen mit der Zeit und Stück für Stück zu erleichtern und schließlich ganz aufzuheben. Wann immer der Irak Forderungen nachkommt, muss es eine teilweise Belohnung geben und nicht immer nur die volle, ungeminderte Bestrafung. Wir müssen den Irakern irgendeine Hoffnung geben und einen vernünftigen Grund, uns zu trauen, wenn sie kooperieren. Irak braucht ein Licht am Ende des Tunnels.

**7.** Die EU sollte eine Kontakt- und Mediationsgruppe aufbauen. Es ist unglaublich, dass 189 Länder in der UNO buchstäblich auf ihren Händen sitzen und darauf starren, was ein einziges Land tut. Wo um alles in der Welt ist der Rest der Weltdiplomatie? Kann es wirklich wahr sein, dass die erfahrenen Diplomaten von 189 UN-Mitgliedsländern nichts Besseres zu bieten haben, als die irakische Bevölkerung abzuschlachten und das Land entgegen internationalem Recht und entgegen jeder ethischen Überlegung zu besetzen? Die EU muss Javier Solana, Chris Patten und viele andere Spitzenpolitiker entsenden. Ich weiß, dass einige Solana als Kriegsverbrecher betrachten, seit er in seiner Funktion als Gene-

ralsekretär der NATO Jugoslawien hat bombardieren lassen. Aber die Situation ist so ernst, dass wir ihm vielleicht dennoch die Gunst des Zweifels gewähren sollten. Er sollte nach Bagdad gehen, nachdem irakische Politiker seit Jahren den Dialog mit der Europäischen Union suchen und niemals auch nur eine Antwort auf ihre Briefe bekommen haben.

**8.** Als nächstes brauchen wir analog zur OSZE eine regionale Konferenz mit einem tauglichen Vertragswerk. Dieses regionale Regelwerk muss außerdem einen ganz neuen Versuch der Lösung des Israel-Palästina-Konflikt anbieten. Die beiden Konfliktherde hängen zutiefst zusammen, und aus der Perspektive Bagdads ist Israel die Hauptbedrohung – politisch, historisch und ideologisch. Obwohl die Iraker wissen, dass es vor allem die USA sind, die sie bombardieren werden, ist ihr Hauptfeind in ihren Augen der Zionismus.

**9.** Die EU und natürlich auch andere sollten mit den Vereinten Nationen kooperieren, um ein neues Sicherheitsregime für die ganze Region zu entwickeln. Das beinhaltet unbedingt die Anerkennung der Resolution 687 des Sicherheitsrates, die für die gesamte Region eine Zone anstrebt, die frei von Massenvernichtungswaffen ist. Das bedeutet ebenso Entwaffnung, Inspektionen und Überwachung von Israel, der einzigen Atommacht der Region. Wir brauchen ein neues Sicherheitsregime – einschließlich Sicherung der Wirtschaft und der Umwelt, der Chance zu Demokratisierung, Aussöhnung und Vergebung zwischen Menschen. Sicherheit hat vorrangig nicht mit Waffen zu tun, sondern mit Menschen, mit sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Sie hat damit zu tun, unsere Waffenexporte in die Region zu stoppen und uns aus den Militärbasen zurückzuziehen, die sich gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung dort befinden. Es stimmt, der Nahe Osten ist voll von autoritären und undemokratischen Regimen, aber mit Ausnahme des Irak werden sie alle sowohl von den USA als auch von anderen westlichen Ländern unterstützt.

**10.** Die EU sollte schließlich immer darauf achten, die USA ständig über alles informiert zu halten, was sie tut, sich aber nicht

das kleinste bißchen irritieren lassen, wenn das Bush-Regime mit ihr nicht übereinstimmt.

Die oben genannten Schritte entsprechen sicherlich bei weitem mehr dem demokratischen Verständnis in Europa. Es gibt kein Land in ganz Europa, in dem die Mehrheit Bushs Krieg gegen Irak will. Ebenso will niemand hier die Folgen eines solchen Feldzuges ausbaden, wenn er sich ausbreitet – weder politisch und wirtschaftlich, noch militärisch. Es liegt an jedem einzelnen, auf die politischen Entscheidungsträger entsprechenden Druck in dieser Sache auszuüben und selbst aktiv zu werden. Wir dürfen nur nicht dasitzen und darauf warten, dass dieser Krieg einfach ausbricht!